

Für eine emanzipatorische Linkspartei - Wir mischen uns ein!

Linkes Netzwerk fragt! - KandidatInnen der Linkspartei antworten?

Die Umbenennung der PDS in "Linkspartei." und die damit für die kommenden Monate und Jahren eröffnete Formierung eines zukünftigen Linksbündnisses birgt die Chance, linke Alternativen zum bestehenden System einer breiten Öffentlichkeit nahe zu bringen. Schon derzeit definieren Wahlkampfaussagen der "Linkspartei.PDS" in hohem Maße, was in der breiteren Öffentlichkeit als linke Position gilt. Doch "die Linke" erschöpft sich nicht in den Kürzeln PDS und WASG. Jenseits von Parteibüchern lebt linke, emanzipatorische Politik von Gruppen und Initiativen, die als soziale Bewegungen an der Basis für eine andere Welt streiten. Wenn es eine vereinigte linke Kraft geben soll, die diesen Namen auch verdient, so müssen sich die inhaltlichen Positionen von Basisorganisationen, sowie die Erfahrungen der Straßenproteste der vergangenen Jahre und die außerparlamentarischen Kämpfe der Gegenwart in ihr wieder finden.

Das Linke Netzwerk Bochum ist eine gemeinsame lokale Plattform von Gruppen und Initiativen, die für eine feministische und antirassistische, für eine internationalistische und antimilitaristische, für eine repressionsfreie, ökologische und soziale Gesellschaft kämpfen.

Wenn es die Linkspartei.PDS ernst meint, mit ihrer Ankündigung, sich zukünftig nicht nur gegenüber der WASG, sondern auch gegenüber "anderen linken Kräften" zu öffnen, dann fühlen wir uns hier konkret angesprochen, ein gemeinsames Projekt einer pluralen linken Partei mit zu gestalten und uns in die anstehenden Debatten heute schon aktiv einzumischen.

Daher ist es unser Anliegen, diejenigen, die heute für die Aufstellung der Reserveliste der Linkspartei kandidieren werden, mit Fragen zu konfrontieren, von denen wir denken, dass sie gestellt werden müssen. Es ist jedoch nicht klar abzusehen, ob VertreterInnen von Gruppen und Initiativen, die keine Mitglieder der Linkspartei sind, überhaupt Rederecht bei der KandidatInnenbefragung erhalten werden, oder ob satzungs- und wahlrechtliche Fragen dem entgegenstehen.

Wir stellen unsere Fragen dennoch - schriftlich - und fordern jede und jeden auf, der oder die ein Rederecht haben wird, in unserem Namen die Antworten der BewerberInnen in der Befragung einzuholen.

1.

Es scheint zwar selbstverständlich, von allen KandidatInnen erwarten zu können, dass sie durch ihre Kandidatur die Inhalte des derzeitigen Entwurfes zum Wahlprogramm der Linkspartei vertreten und an ihrer Umsetzung mitwirken, auch dann, wenn sie nicht Mitglied der Linkspartei sind. Wir denken dennoch, dass sich die Frage danach lohnt - in besonderer Weise in den Programmpunkten zu den Themen: Flucht und Migration, Umweltpolitik, Grund- und Freiheitsrechte und Antimilitarismus.

2.

Vom designierten Spitzenkandidaten der Landesliste, Oskar Lafontaine, wollen wir daher wissen:

(a) Mit der Asylrechtsreform von 1993 wurde das Asylrecht faktisch außer Kraft gesetzt. Die Herkunft aus sogenannten "sicheren Herkunftsstaaten" und die Durchreise durch sogenannte "sichere Drittstaaten" schließen den allergrößten Teil der Flüchtlinge von dem individuellen grundgesetzlichen Rechtsanspruch auf Asyl nach Artikel 16a GG Absatz 1 praktisch aus. Die Flughafenregelung, die die Transitbereiche von Flughäfen zu "extraterritorialem Gebiet" erklärt, verhindert die tatsächliche Einreise von Flüchtlingen, die auf dem Luftweg nach Deutschland kommen und nimmt ihnen damit die Möglichkeit ihrem Asylrechtsanspruch rechtlich Geltung zu verschaffen. Diese Einschränkungen werden durch die 1993 neu in den Grundgesetzartikel aufgenommenen Absätze 2 bis 5 bewirkt.

Du hast seinerzeit die Sozialdemokratie dazu bewegt, der Abschaffung des Asylrechtes zuzustimmen. Wie stehst Du heute dazu?

Würdest Du Dich als Abgeordneter der Linkspartei für die Aufhebung der Asylrechtsreform von 1993, d.h. für die ersatzlose Streichung der seinerzeit an Artikel 16a GG angefügten Absätze (2) bis (5) stark machen?

(b) Im vergangenen Jahr hast Du die von Bundesinnenminister Otto Schily und dem italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi vorangetriebenen Bemühungen zur Einrichtung von Abfängern für Flüchtlinge in Nordafrika unterstützt.

Du bist Mitglied der WASG. Wie stehst Du zu dem folgenden Satz aus der Positionsbestimmung "Beteiligungsorientierte Migrations- und Integrationspolitik" des WASG-Bundesvorstandes: "Wir treten dafür ein, dass Zeitpunkt, Richtung und Umfang von Migration nicht nur nach den Bedürfnissen der kapitalistischen Metropolen verläuft" ?

Und wie stehst Du zu folgendem Satz des Linkspartei Wahlprogramm Entwurfs: "Eine neue Asyl und Migrationspolitik muss Abstand nehmen von der gescheiterten rigorosen Abschottungspolitik, die nicht nur an den Aussengrenzen der EU das Leben von Flüchtlingen in Gefahr bringt"?

Bist Du als Abgeordneter der Linkspartei bereit, Dich gegen einen Ausbau der Festung Europa zu stellen?

(c) **Würdest Du Dich als Abgeordneter der Linkspartei für eine ersatzlose Schließung aller Abschiebehafenanstalten einsetzen?**

- (d) Du hast seinerzeit als Ministerpräsident des Saarlandes die Sachleistungen für AsylbewerberInnen anstelle von Sozialhilfe einführen lassen. Das Saarland hatte hier eine Pionierfunktion, lange bevor andere Bundesländer nachzogen und lange bevor das Asylbewerberleistungsgesetz auf Bundesebene eingeführt wurde.

Kannst Du Dich heute als Kandidat der Linkspartei der folgenden Forderung des Wahlprogrammwerfes anschließen und sie offensiv vertreten: "Wir fordern die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen, wie es das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht sind"?

Eine gleichlautende Forderung findet sich übrigens auch im Positionspapier des Bundesvorstandes der WASG: "Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, die Reduzierung der Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind abzuschaffen."

Wie stehst Du zu den diskriminierenden Sondergesetzen, denen Flüchtlinge unterliegen?

3.

Wir erwarten, dass der Einsatz für eine ökologische Zukunft angemessen unter den Kandidatinnen der Landesliste repräsentiert ist. Die BewerberInnen sollten sich daher fragen lassen:

- (e) Der fortdauernde Betrieb von Atomanlagen - egal binnen welcher Frist ihre Abschaltung geplant ist - produziert täglich weiteren atomaren Abfall, für den es keine Möglichkeit einer sicheren Verwahrung über 1 Mio. Jahre gibt.

Stehst Du für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomwirtschaft?

- (f) Trotz des sogenannten "Atomausstiegs" der derzeitigen Bundesregierung werden Milliardenbeträge in die Erforschung der Kernfusionstechnik gesteckt.

Wirst Du Dich als möglicheR BundestagsabgeordneteR der Linkspartei für eine Kündigung des EURATOM-Vertrags einsetzen?

- (g) **Sollte Deiner Ansicht nach das Thema Klimapolitik im Wahlprogramm der Linkspartei ein stärkeres Gewicht erhalten?**

Welche Forderungen würdest Du in diesem Bereich bundespolitisch vertreten?

4.

Wir erwarten, dass der Einsatz für Grund- und Freiheitsrechte angemessen unter den Kandidatinnen der Landesliste repräsentiert ist. Die BewerberInnen sollten sich daher fragen lassen:

- (h) Die Bedrohung vieler rechtstaatlicher Errungenschaften findet unter dem Vorwand der sogenannten Terrorismusbekämpfung statt. Zentrale Konsequenzen aus dem Faschismus wie die föderale Strukturierung der Polizei oder die Trennung von Polizei und Geheimdienst verlieren trotz eindeutiger Grundgesetzbestimmungen ihre Gültigkeit. Von keiner Landtagsfraktion der PDS wurde öffentlich vernehmbar Protest gegen die Aushöhlung des Grundgesetzes artikuliert. Noch weniger von den Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist. CDU und SPD erwägen mittlerweile öffentlich die Ausstattung der Bundeswehr mit polizeilichen Aufgaben im Inland.

Wo siehst Du die vorrangigen Aufgaben für die Fraktion in der Innen- und Rechtspolitik?

Im Entwurf für ein Wahlprogramm der Linkspartei.PDS wird die Verteidigung von Grundrechten nur in wenigen Zeilen erwähnt. **Wie stehst Du zur Forderung nach Auflösung der Geheimdienste?**

- (i) Die alltägliche Grundrechtseinschränkung findet schleichend statt. Die Praxis der Platzverweise wird z. B. ohne Gesetzesänderung ausgeweitet. Die Abhör- und Überwachungsmaßnahmen orientieren sich immer weniger an den gesetzlichen Vorgaben. Die Schwelle für Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen sinkt beständig. Öffentliche Bewusstsein und staatliches Handeln orientieren sich immer weniger am informellen Selbstbestimmungsrecht der Einzelnen.

Welche Möglichkeiten siehst Du für die Fraktion, diesem schleichendem Grundrechtsabbau entgegen zu treten? Welche außerparlamentarischen BündnispartnerInnen siehst Du in diesem Bereich?

- (j) Die PDS-Fraktion hat es vor 2002 mit ihren Anfragen zum Thema "rechte Gewalttaten" geschafft, dass dieses Thema von der Öffentlichkeit und von den zuständigen Behörden ernster genommen wird.

Bist Du bereit, diese Tradition fortzusetzen?

5.

Vom Bewerber Paul Schäfer, dem Koautor der friedenspolitischen Leitlinien wüßten wir gerne:

- (k) Wir stehen für die Abschaffung der Bundeswehr - nicht nur der Wehrpflicht.

Für welche Aufgaben sind nach Deiner Ansicht die 100.000 Soldaten vorgesehen, die das Wahlprogramm der Linkspartei als Bundeswehr bestehen lassen will?